

Auf der Terrorliste

Die niederländischen Behörden haben die Zahlungen der Sozialhilfe an Joma Sison, den Führer der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), eingestellt. Die Stadtverwaltung von Utrecht kam damit der Forderung der niederländischen Regierung nach, Sanktionen gegen mutmaßliche terroristische Organisationen zu verhängen.

Auf Drängen der USA hatte die niederländische Regierung bereits im August das Vermögen der CPP eingefroren. Washington hatte die CPP und die 12.000 ihres bewaffneten Arms (NPA) am 8.8. auf die Liste der 34 ausländischen terroristischen Organisationen gesetzt, deren Unterstützung durch US-Amerikaner und amerikanische Einrichtungen als gesetzeswidrig gilt.

Sison lebt seit 14 Jahren in den Niederlanden. Obwohl er nicht offiziell als Flüchtling anerkannt ist, haben niederländische Gerichte entschieden, dass er nicht in die Philippinen abgeschoben werden darf, weil ihm dort die Todesstrafe droht.

Unterdessen ist Kanada den Vereinigten Staaten gefolgt und hat – als vierter Staat neben den USA, den Niederlanden und Großbritannien – die CPP, die NPA und die gesamte Dachorganisation NDF auf ihre Liste ausländischer terroristischer Organisationen gesetzt. In diesem Zusammenhang hat die kanadische Regierung Ende August alle Geldinstitute des Landes angewiesen, sämtliche Guthaben von CPP, NPA und NDF einzufrieren.

Joma Sison steht nun auch in Kanada auf der Liste ausländischer Terroristen.

Am 28. Oktober hat auch die Europäische Union die NPA auf ihre Liste internationaler Terrororganisationen gesetzt, wo neben islamischen Gruppierungen auch schon die PKK oder der »Leuchtende Pfad« aus Peru zu finden sind. Auch Sison, ist dort nun – als erster Nichtmuslem – zu finden. Die CPP und die NDF hingegen wurde nicht auf die Liste aufgenommen, da die philippinische Regierung sie selber 1995 legalisiert hat. Vorgegangen war eine Reise von Außenminister Ople durch mehrere europäische Hauptstädte.

Vgl. PDI, 6.9.2002, *Philippine Star*, 18.9. 2002, und *Manila Times*, 28.10.2002

Teures Wässerchen

Eine Gruppe von Demonstranten belagerte am 18. November das Hauptgebäude der Wasserwerke (Waterworks and Sewerage System; MWSS) in Quezon City, um gegen die für Januar 2003 geplante Erhöhung der Wasserpreise zu protestieren.

Die Verbrauchergemeinschaft Bantay Tubig beklagte, dass die beiden privaten Konzerne die Preise für einen Kubikmeter Wasser von bislang 6 — 15 Pesos (11-28 Cent) auf 25 — 30 Pesos (47-57 Cent) anheben werden.

Jude Esguerra, Sprecher

von Bantay Tubig wies darauf hin, dass eine Preiserhöhung zu diesem Zeitpunkt gesetzeswidrig sei. Als die Wasserversorgung vor fünf Jahren privatisiert worden war, hatten sich die Konzerne vertraglich verpflichtet, die Preise in den ersten 25 Jahren nicht zu erhöhen.

Zudem sei der Preisanstieg ungerechtfertigt, da sich die Leistungen der Wasserversorgung nicht verbessern würden. Nach wie vor seien zahlreiche Haushalte noch gänzlich ohne Wasseranschluss, und diejenigen, die an das Versorgungs-

netz einer der beiden Konzerne angeschlossen sind, müssten undichte Leitungen und Unterbrechungen der Wasserzufuhr inkauf nehmen.

Ein Sprecher der MWSS beteuerte derweil, dass der geplante Anstieg niedriger ausfallen werde als von Bantay Tubig genannt. Auch handele es sich nicht um eine tatsächliche Erhöhung, sondern lediglich um eine Anpassung der Preise.

Vgl. PDI, 18.11.2002 (siehe: Niklas Reese, *Rückzug ins Private*, S.)

Benedictos Land neu verteilt

182 Farmer wurden Ende November auf den ehemaligen Ländereien Roberto Benedictos in La Carlota angesiedelt. Die Landarbeiter/innen von Bebedictos Erben begrüßten einige von ihnen mit heftigem Protest; Soldaten und Polizei mussten die Barrikaden der Gegner gewaltsam durchbrechen.

74 Farmer der Nagasi Agrarian Reform Beneficiaries Multi Purpose Coopeative sollten auf

dem Land angesiedelt werden, das einst dem Marcos-Günstling Roberto Beneticto gehörte. 57 andere Bauern, die das Land seit den 1970er Jahren bewirtschaftet haben, sind jedoch von der Verteilung ausgeschlossen und fürchten nun um ihre Existenz. Sie beklagen, nicht zu den Nutznießern zu gehören, während die meisten Mitglieder Nagasis, die zuvor nicht dort ansässig waren, nun die besten Anteile des

Landes bekommen sollen. Jenen wurde nun von Polizei und Militär gewaltsam Zugang zu dem Land verschafft.

Die zuvor ansässigen Farmer kündigten weitere Protestaktionen an; u.a. beabsichtigen sie, bei Präsidentin Macapagal-Arroyo Widerspruch einzulegen.

Vgl. PDI, 24.11.2002

nachrichten

Philippinen mit Sitz im Sicherheitsrat

Die Philippinen werden voraussichtlich für 2004/2005 einen nicht ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat bekommen. Sie erhalten den Platz Asiens, den noch bis Ende 2003 Syrien einnimmt. Außenminister Blas Ople wies auf die Möglichkeiten hin, die sich aus der Mitgliedschaft seines Landes in diesem Gremium, welches in der weltweiten Terrorbekämpfung eine zentrale Rolle spielt, ergeben könnten. Er sagte: Sie »würde den Philippinen nicht nur bedeutende Chancen in ihrem eigenen Kampf gegen den Terror bieten, sondern würde auch die regional führende Rolle und die Verpflichtung der Philippinen in (diesem) Krieg hervorheben.«

Regierungssprecher Rigoberto Toglaog würdigte die Entscheidung der UNO als einen Vertrauensbeweis der Völkergemeinschaft in die philippinische Regierung und ihre aktive Rolle im Kampf gegen den Terror. Die Philippinen hätten dadurch die Chance, an internationalen Diskussionen zu Sicherheitsfragen teilzunehmen; sie könnten ihre eigene Position dort einbringen und der philippinischen Regierung somit Vorteile in ihrem Kampf gegen die Abu Sayyaf und gegen die kommunistischen Rebellen verschaffen.

Vgl. *Business World*, 1.11.2002

nachrichten

Italien und Israel weisen Filipinos aus

Während die Ausweisung von ca. 400.000 Filipinos/-as ohne gültige Papiere aus Malaysia zunächst aufgeschoben wurde, wurden bereits 60 gezwungen, die USA zu verlassen, und mindestens 130.000 weitere in Italien sowie ca. 30.000 in-Israel müssen damit rechnen, bald ausgewiesen zu werden.

Weltweit halten sich schätzungsweise 1,6 Millionen philippinische Staatsbürger ohne gültige Papiere im Ausland auf. Bevorzugte Länder für philippinische Arbeitsmigrant/innen sind Italien und Saudi-Arabien.

Nach Italien sind die meisten mit einem Touristenvisum eingereist und haben dann Arbeit als Pflegepersonal oder Haushaltshilfen angenommen.

Vgl. *Philippine Star*, 6.9.2002

EU, Australien und Kanada schließen Botschaften

Wegen »glaubwürdiger« Terrordrohungen haben die Europäische Union, Australien und Kanada ihre diplomatischen Vertretungen auf den Philippinen bis auf weiteres geschlossen. Die Informationen über einen drohenden Anschlag auf die Botschaft seines Landes in Manila seien »glaubwürdig und sehr genau«, sagte der australische Außenminister Alexander Downer. Das australische Botschaftspersonal arbeite bis auf weiteres in einem Hotel in Manila. Das Botschaftsgebäude selbst befinde sich im Visier der Attentäter. Die Drohungen islamistischer Extremisten beleg-

ten die Gefährdung westlicher Bürger auf den Philippinen, sagte Downer weiter. Ziel der Fundamentalisten sei es, westliche Ausländer aus den mehrheitlich moslemischen Ländern zu vertreiben.

Die deutsche Firma Fraport AG verlangt die Rückzahlung des Geldes, das sie bislang für den Ausbau des Flughafens in Manila investiert hatte. Die philippinische Regierung hatte zuvor den Vertrag mit der Firma PIATCO für den Ausbau von Terminal 3 des Ninoy-Aquino Flughafens für null und nichtig erklärt – wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten in dem 1997 geschlossenen Abkommen, dem Fraport 1998 beigetreten war. Beteiligt an dem Millionenprojekt sind außer der deutschen noch eine japanische und eine philippinische Firma. Fraport hat mit rund 80 Prozent die höchste Beteiligung.

Auch die mit der australischen Botschaft im selben Hochhaus untergebrachte Vertretung der Europäischen Union sei geschlossen worden, sagte ein Diplomat. Die kanadische Regierung erklärte, nur dringende konsularische Tätigkeiten würden noch verrichtet. Kanada und Australien erneuerten ihre Reisewarnungen.

Netzeitung, 28.11.02

Deutsche Firma Fraport verlangt Geld für Flughafenausbau zurück

Das Flughafengebäude ist inzwischen fast fertig und sollte am 15. Dezember diesen Jahres eröffnet werden. Dieser Termin wurde jedoch kürzlich aufgrund angeblicher Sicherheitsmängel verschoben.

Fraport hatte insgesamt 100-150 Millionen Dollar in den Bau investiert.

Klaus Busch, Sprecher von Fraport, ist der Meinung, dass das Projekt aus Sicht seiner Firma nicht mehr weitergeführt werden kann. Da nun die philippinische Regierung den Vertrag aufgehoben hat, habe seine Firma ein Recht darauf, das bislang investierte Geld zurückerstattet zu bekommen.

Noch ist nicht geklärt, wer das Projekt übernehmen wird. Die philippinische Regierung erwägt, es selbst zu übernehmen.

Moises Tolentino, Sprecher der drei beteiligten Firmen (zusammengeschlossen zu PIATCO), wies darauf hin, dass Präsidentin Macapagal-Arroyo das Vertragswerk annulliert habe, ohne eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs über seine Gültigkeit abzuwarten. Tolentino wird eventuell Klage gegen die Entscheidung der Präsidentin einreichen.

Vgl. *PDI* 23.11.2002 und *Business World*, 30.11.2002

Harte Zeiten für Straßenhändler/innen

Die Entwicklungsbehörde von Metro Manila (Metro Manila Development Authority, MMDA) gab Mitte Oktober bekannt, dass inzwischen fünf Bezirke frei von Straßenhändler/innen seien.

Auch in den restlichen zwölf Teilen der Metropole sind die Behörden darum bemüht, ihre Bezirke von Straßenhändlern zu »reinigen«. In einer großangelegten Aktion möchte die Stadtverwaltung alle illegalen Kleinhändler/innen von den Bürgersteigen der Hauptstadt – insgesamt 9.000 Kilometer – vertreiben. Schätzungsweise 12 Milliarden Pesos (=234 Millionen Euro) muss die MMDA in den kommenden zehn Jahren dafür aufbringen.

Ziel der Aktion soll laut Aussage des Bürgermeisters von Manila City Lito Atienza sein, den Verkehr in der Stadt zu erleichtern und die Straßen schöner zu machen.

Für viele der betroffenen Kleinhändler/innen ist jedoch der Handel auf den Straßen die einzige Einkommensquelle. Von rund einer Million Händler, die in den Straßen Manilas mühsam den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien erwirtschaften, sind bereits 20.000 den Aktionen der MMDA zum Opfer gefallen.

Markthallen sind für die wenigsten von ihnen eine annehmbare Alternative, da diese oft etwas abseits liegen und zudem Miete und andere Gebühren verlangt werden, die die Händler/innen nicht aufbringen können.

Vgl. *Bulatlat.com*, 7.10.2002 und *Manila Times*, 20.10.2002